

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 69 (1982)
Heft: 11: Politische Bildung in der Schule

Artikel: Politische Bildung in der Lehrerbildung
Autor: Häfliger, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-531028>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Bildung in der Lehrerbildung

Bruno Häfliger

Bedingungen

Die Lehrerbildung ist in der Schweiz kantonal geregelt. Neben dem seminaristischen gibt es den maturitätsgebundenen Weg. Beginn, Dauer und Inhalt der Ausbildung unterscheiden sich stark.

Unterricht, demnach auch politische Bildung, hat sich nach dem zu Unterrichtenden zu orientieren. Politische Bildung für Schüler auf dem seminaristischen Weg hat sich teilweise zu unterscheiden von jener für Studenten auf dem maturitätsgebundenen Weg.

Die folgenden Überlegungen gehen von Erfahrungen auf dem seminaristischen Weg aus. Sie können jedoch analog auf die Lehrerausbildung nach der Matura übertragen werden. Seminaristen treten mit 16 Jahren in die Lehrerausbildung ein. Sie werden mit 20 Jahren Stimmbürger und mit 21 Jahren Lehrer sein. Bei der Vorbereitung zum Bürger mit Rechten und Pflichten unterscheidet sich die Ausbildung an den Seminarien nicht grundlegend von jener an Mittel- und Berufsschulen. Politische Bildung an den Seminarien hat jedoch noch eine andere Zielsetzung, weil die meisten Absolventen später als Lehrer unterrichten werden. Das Wissen und noch mehr die politische Haltung der zukünftigen Lehrer werden bei den Kindern vielfältige Nachwirkung haben.

Durch diese doppelte Zielsetzung, Ausbildung zum Bürger und Lehrer, steht die politische Bildung an Seminarien einerseits in der allgemeinen Diskussion, was dieses Fach zu leisten habe (Nationalerziehung oder Konfliktorientierung, Emanzipation oder Rationalität, Antagonismus oder Pluralität), andererseits hat sie auch Ziele, die ausschliesslich auf den Lehrerberuf ausgerichtet sind. Beide Gesichtspunkte gilt es im folgenden zu berücksichtigen.

Politische Bildung und Geschichtsunterricht

Die Forderung, dass politische Bildung im Rahmen des Geschichtsunterrichts zu erfol-

gen habe, ist so alt wie das Fach selbst. Für einen Historiker ist es faszinierend, unser Staatswesen aus den Anfängen heraus nachzuzeichnen. Es fällt leicht, unser Zweikammersystem als weisen Kompromiss zwischen Bundesstaat und Staatenbund nach dem Sonderbundskrieg darzustellen, gar noch zu verweisen auf das amerikanische Vorbild und das Stanserverkommen, das im Streit um fahrend und liegend Gut eine analoge Lösung fand. Trotzdem ist die Vorstellung, politische Bildung habe seinen idealen Ort im Geschichtsunterricht, aus Erfahrung fragwürdig. Zum einen sind Geschichtslehrer leicht geneigt, nicht zuletzt unter dem Stoffdruck, Geschichte auf Kosten der politischen Bildung vorzuziehen. Zum andern ist die geschichtliche Dimension ein zwar grundlegender, aber doch kein hinreichender Aspekt der politischen Bildung.

Ideal ist wohl, wenn in einer Klasse der Geschichtslehrer auch Lehrer für politische Bildung ist. Die historische Dimension des heutigen Staates bietet sich dann an.

Politische Bildung und Wirtschaftskunde

Der wirtschaftliche Aspekt ist grundlegend für die politische Bildung. Erfahrungsgemäss ist dieser Bereich, je nach der Ausbildung, dem Geographielehrer näher als dem Historiker, der traditionellerweise politische Bildung erteilt.

Eine Aufteilung des Unterrichtsfaches politische Bildung kann angezeigt sein, zumindest wird eine Absprache nötig sein. In jedem Fall soll der wirtschaftskundliche Teil von jenem Lehrer behandelt werden, der dafür die besten Voraussetzungen mitbringt.

In Lehrerkreisen findet man des öftern ein einseitiges, will sagen negatives Bild über unsere Wirtschaft. Sehr oft, so vermute ich, hängt dies damit zusammen, dass das Unbekannte auch zum bösen Unbekannten wird. An unserem Seminar haben wir in den letzten Jahren mit gutem Erfolg die «Wirtschaftswoche» der Schmidheiny-Stiftung durchgeführt.

Die Schüler haben daraus mehrfachen Gewinn gezogen. Sie haben das betriebswirtschaftliche ABC nicht nur kognitiv erlernt, sondern auch im Spiel erfahren, und sie haben zudem Kontakte gehabt zu Vertretern der Wirtschaft. Damit lernten sie einen Bereich unseres Lebens kennen, der vielen Lehrern sonst verwehrt bleibt. Da die nationalökonomischen Probleme (Schweiz und Dritte Welt, Rohstoffe, Wirtschaftssysteme) und auch Gesichtspunkte der Arbeitnehmerseite in dieser Woche wenig berücksichtigt wurden, behandelte ich im Unterricht die Themen nachträglich.

Öfter schon ist in der Diskussion um die Lehrerbildung die Frage aufgetaucht, ob die Seminaristen ein betriebswirtschaftliches Praktikum absolvieren sollten. Ich finde, dies wäre ein Lehrstück von grösstem Wert. Dieses Praktikum müsste allerdings Einsicht bieten in Leitung und Produktion eines Betriebes.

Elternhaus – Seminarist – Schule – politische Bildung

Wenn ein Seminarist mit 16 Jahren ins Seminar eintritt, ist er in den grundlegenden Werten geprägt. Die Frage, wie weit er kurz- oder langfristig noch beeinflussbar ist, ist umstritten. Trotzdem hat sich in der BRD, unter dem Einfluss der Soziologie, nach 1965 eine gesellschaftskritische Sicht in der politischen Bildung durchgesetzt, die grundlegende Veränderung der Werte beim Schüler anzielt. Die meisten neueren didaktischen Entwürfe orientieren sich mehr oder weniger stark an einem gesellschaftspolitischen Konfliktmodell. Nicht nur die Gesellschaft wird als Konflikt verstanden, sondern die Erziehung als solche und damit politische Bildung als ihr bevorzugter Ort.

Ein Zitat mag dies verdeutlichen: «Die praktischen Erziehungsprobleme sind demnach nicht mehr auf dem Niveau gegebener sozialer Bedingungen allein zu formulieren, sondern unter dem Anspruch fortschreitender Demokratisierung immer auch gegen dieses Niveau. Mit andern Worten: Ein derart emanzipatorischer Begriff Erziehung ist nicht mehr funktional, sondern im Sinne des gegebenen sozialen Systems dysfunktional. Er markiert einen gesellschaftlichen Konflikt.» (Klaus

Mollenhauer, Erziehung zur Emanzipation, München 1968, S. 27).

Ich vertrete in dieser Frage eine ganz andere Position. Ich gehe davon aus, dass politische Bildung die Vermittlung der Werte durch das Elternhaus zu respektieren habe. Den Eltern kommt primär das Recht und die Pflicht der Erziehung zu. Die Schule hat lediglich subsidiäre Bedeutung. Es kann nicht die Aufgabe der politischen Bildung sein, die «falsche» Haltung der Eltern zu korrigieren und den Schülern «richtiges» Bewusstsein einzupflanzen. Die Schule hat davon auszugehen, dass jedem Schüler eine unabdingbare Personenwürde zukommt. Diese ist zu respektieren.

Was folgt daraus? Der Lehrer soll in einem Klima der Toleranz und des Respekts die Haltung der Schüler gelten lassen. Er soll seine eigene Position nicht verheimlichen, sondern sie in möglichst vielen Sachfragen offenlegen und seine eigene Zielsetzung vorstellen.

Dadurch geschieht ein gutes Stück Politik: Die Position des Lehrers wird fassbar, seine Urteile werden verständlich. Der Schüler lernt so, die Meinung des Lehrers kritisch zu analysieren und Distanz zu bekommen.

Der Seminarist als zukünftiger Lehrer

Weil die meisten Seminaristen später als Lehrer unterrichten werden, und weil die Schule ein tragender Teil unserer politischen Wirklichkeit ist, muss politische Bildung an Seminaristen auch die Schule zum Thema machen. Schule in einer Demokratie soll auf die Demokratie vorbereiten. Wann tut sie dies? Wenn sie jedem Bürger jene Ausbildung ermöglicht, die seiner intellektuellen Begabung und seinem Willen, mit dieser Begabung zu arbeiten, entspricht. Angemessene Bildung ermöglicht Freiheit. Und Demokratie ist eine Staatsform, die dem einzelnen soviel Freiheit gibt, wie zulässig ist, ohne dass das Ganze darunter leidet.

Neben der Schule als solche soll auch die eigene Schule reflektiert werden. Die Grenzen müssen dabei aufgezeigt werden, innerhalb derer sich Schule abspielt: Rechtliche Vorschriften (Erziehungsgesetz, Reglement über Aufnahme, Zeugnisse, Notengebung an den kantonalen Lehrerseminarien usw.) institutionelle Kontrollorgane (Regierungsrat, Erzie-

hungsrat, Aufsichtskommission) personelle Bedingungen (Lehrkörper, Schüler) und materielle Voraussetzungen (Budget, Kosten pro Schüler).

Zur Diskussion soll auch gestellt werden, inwieweit Schülermitbestimmung und Schülermitspracherecht möglich sind. Ich vertrete hier die Meinung, dass über die Grundausbildung und die Lehrerwahl den Schülern keine Entscheidung zukommt, dass jedoch im Rahmenprogramm den Schülern eine möglichst grosse Mitsprache und Mitentscheidung eingeräumt werden soll.

Auch die politische Bildung selbst soll reflektiert werden. Der Lehrer soll seine Grobziele vorlegen. Bei einzelnen Unterrichtseinheiten wird mit Gewinn überlegt, welche exemplarischen Einsichten bei diesem Inhalt erarbeitet werden können.

Politische Bildung soll, wie alle Fächer an den Seminarien, den Bezug zur Praxis herstellen. Seit im Rahmen des Sachunterrichts die politische Umwelt Thema der 4. und 5. Primarklasse ist, scheint dies zusätzlich angezeigt. Politisch schwierige Sachverhalte und Zusammenhänge müssen vereinzelt primarschulgerecht dargestellt werden. Hinweise auf Lehrmittel und Unterrichtshilfen schaffen zusätzliche Sicherheit, dass der Primarlehrer später dem Stoff nicht ausweichen wird.

Was soll der Seminarist in der politischen Bildung lernen?

Diese Frage trifft den Kern der Überlegungen. Drei Dinge scheinen mir wichtig: Im politischen Unterricht soll der Seminarist sich ein Grundwissen erwerben, sich analytische Fertigkeiten aneignen und durch die Auseinandersetzung mit Grundwerten des politischen Lebens soll er animiert werden, sich später selbst am politischen Leben zu beteiligen.

- *Wissen:* Es ist unabdingbar, dass ein zukünftiger Lehrer das ABC der Institutionen, des Rechts und der Wirtschaft kennt. Dieses Wissen ist oft verteufelt worden als Institutionenlehre. Wissen um Institutionen ist keine hinreichende, aber unbedingt notwendige Voraussetzung für die viel wichtigere Einsicht in die Interessenaussensetzung inner- und ausserhalb dieser Institutionen.

- *Fertigkeiten:* Wissen ist Macht, und Wissensbeschaffung ein Weg dazu. Die Seminaristen sollen durch Arbeitsaufträge angeregt werden, Informationen zu sammeln und zu sichten, sie sollen ermuntert werden, den Umgang mit amtlichen Stellen nicht zu scheuen, sie sollen wichtige Hilfsmittel (Statistiken) handhaben können.

Neben diesen eher manuellen Fertigkeiten sind die kognitiven wichtiger. Politische Bildung soll an konkreten Fällen und Kontroversen politische Grundeinsichten erarbeiten. Der Seminarist soll so lernen, mit einer Reihe von Fragen politische Situationen zu analysieren. Angemessen fragen zu können ist der erste Schritt zu einer gründlichen Analyse. Mit der Zeit wird der Schüler inne, wie komplex politisches Handeln ist und wie einzelne Entscheidungen eingebettet sind in Spannungsfelder wie Freiheit/Ordnung, Tradition/Fortschritt, Interesse des Einzelnen/Gemeinwohl oder Teilhabe am Entscheid/Repräsentation.

- *Werte:* Politische Bildung soll Hilfe aufs demokratische Leben hin sein. Sie soll die zukünftigen Lehrer zum rationalen Urteil über Politik befähigen und anregen zur politischen Beteiligung. Keinesfalls soll eine lähmende Staatsverdrossenheit gefördert werden. Negative Folgen des staatlichen und persönlichen Handelns sollen aufgezeigt werden, um sie künftig zu verhindern. Herrschaftsmissbrauch soll aufgedeckt werden, damit ihm entgegengetreten werden kann. Der Schüler soll immer auch angeregt werden, neue Konzepte zu erdenken, ja Utopien zu entwerfen. Ohne Utopien hätten wir heute keine demokratische Verfassung. Die Wertkategorien, an denen sich politische Urteilsbildung zu orientieren hat, sind in unserem Staat die liberale Verfassung und die christliche Anthropologie.

Welche Unterrichtsformen eignen sich für die politische Bildung?

Die Methode ist in kaum einem Fach so eng mit der Didaktik verbunden wie gerade im Bereich politische Bildung, weil bestimmte politische Einstellungen nach ihnen zukommen den Methoden rufen. Ein auf Kritik und grundlegende Veränderung gerichteter Unterricht

verlangt andere Methoden als einer, der Stabilität wünscht.

Neben den üblichen Unterrichtsformen, die alle ihren Platz haben, möchte ich drei besonders hervorheben:

- *Abstimmungsvorlagen*: Die kantonalen und eidgenössischen Vorlagen bieten sich vorzüglich an, Komplexität und Interessenkonflikte einzelner Entscheide aufzuzeigen. Dabei kann stückweise das Parteienprofil herausgearbeitet werden. Dem gewandten Lehrer wird es leicht fallen, mit einem PRO-Referat die Schüler zu überzeugen, dass nur ein Ja richtig sein kann. Mit dem anschliessenden CONTRA-Referat wird er die Schüler wieder umstimmen können. Anschliessend sollte der Lehrer seinen persönlichen Entscheid klarstellen. Bei einer nächsten Abstimmung werden die Schüler selbst solche Referate halten. Sie lernen dabei, über längere Zeit die Zeitungen zu lesen.
- *Spiel*: Besonders lehrreich im politischen Unterricht sind Spiele. Der Vorteil besteht darin, dass die Seminaristen nicht nur kognitiv, sondern auch emotional Interessengegensätze erleben. Bei einem Spiel (z.B. «Umzonung in Oberwil») lassen sich die vielfältigsten Inhalte (Gemeindeorganisation, Zonenplan, Steuerwesen u.a.m.) und Werte (Zuhören, Analysieren, Toleranz, Kompromissfähigkeit) verbinden.

- *Begegnungen*: Sie sind das Salz des politischen Unterrichts. Der Besuch einer Gerichtsverhandlung, einer Sitzung des Grossen Rates oder das Gespräch mit einem Politiker bringen, sind sie richtig vor- und nachbereitet, nachhaltigen Gewinn.

Schlussgedanke: Jeder Unterricht ist politische Bildung

Politisch beeinflusst wird der Seminarist nicht nur in der politischen Bildung. Die Art, wie in den einzelnen Fächern und am Seminar insgesamt mit der Meinung der Schüler umgegangen wird und wie Konflikte gelöst werden, ist für das politische Verhalten der zukünftigen Lehrer wohl, weil unbewusst, ebenso wichtig wie die politische Bildung als Fach. Das mag den Lehrer, der an einem Seminar politische Bildung erteilt, entlasten.

Literatur

Die Literatur zum Bereich politische Bildung ist unübersehbar. Zwei neuere Titel mögen genügen. Weitere Hinweise in diesen beiden Bänden.
Wolfgang W. Mickel: Methodik des politischen Unterrichts. Hirschgraben-Verlag, Frankfurt am Main, 4. Aufl., 1980.
V. Briese, W. Heitmeyer, A. Klönne (Hrsg.): Entpolitisierung der Politikdidaktik? Beltz-Verlag, Weinheim/Basel 1981.

Systemvergleich im Staatsbürgerkundeunterricht in der DDR*

Bedeutung des Faches

Das Fach Staatsbürgerkunde wird in der «Zehnklassigen» allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule von der 7. bis zur 9. Klasse jeweils einstündig, in der 10. Klasse mit zwei Wochenstunden unterrichtet. In der «Erweiterten Oberschule» (Abitur-

stufe) werden in der 11. Klasse eine und in der 12. Abschlussklasse zwei Wochenstunden erteilt. In der zweijährigen Berufsausbildung sind für das Fach insgesamt 76 Stunden vorgesehen. Staatsbürgerkunde steht in engem Zusammenhang mit den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Geschichte und Geographie sowie mit der Wehrerziehung und mit der Arbeit der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der Schule. Trotz der relativ geringen Stundenanteile wird dem Staatsbürgerkundeunterricht eine «Schlüsselfunktion» im Prozess der poli-

* aus: Informationen für politische Bildung 192/1982.